



PERMANENT OBSERVER MISSION
OF SWITZERLAND TO THE UNITED NATIONS

NEW YORK, N.Y. 10017 - 2092
757 Third Avenue, 21st Floor
Tel.: 421-1480
FAX: (212) 751-2104

ad: o.711.3 - HY/SKI

TELEFAX

REFERENZ: 011.0
370.1 FL - CX/GD
710.0

DATUM: 20.9.1990

KLASSIFIZIERUNG:
offen chiffriert

PRIORITAET:
dringend flash

ANZAHL SEITEN (inklusive Deckblatt):

...2....

UEBERMITTLUNG DURCH UNO-MISSION NEW YORK AN:

an	HY	SK	REF	HY	UNG	7a
Datum	20.9.	TSR	M.	...		
Visa	N	HY	TSR	M.	...	
EDA - DIO						
Ref.	o.711.3 ✓					

AN DEN TELEGRAMM-DIENST MIT DER BITTE UM UEBERMITTLUNG AN:

Original an: DIO, EDA

Kopien an: - Sekretariat des Departementschefs
- Staatssekretär Klaus Jacobi
- Chef PA I
- Politisches Sekretariat

GEGENSTAND: Staatsbesuch des liechtensteinischen Fürstenpaares
in der Schweiz, Ihr Fax vom 20. September 1990

Anlässlich des gestrigen Besuchs von Regierungspräsident Brunhart, Botschafter Marxer und Botschafterin Fritsche kam in meinem Büro sowie später beim Mittagessen die künftige Zusammenarbeit Liechtensteins und der Schweiz im System der Vereinten Nationen ausführlich zur Sprache (vgl. auch mein Nr. 238). Paradoxerweise verfügt nun Liechtenstein über die "richtige Etikette", aber in New York über kein Personal, während die Schweiz das "Odium" des Beobachterstaates zu tragen hat, diese Mission aber genügend dotiert ist, um wenigstens die wichtigsten UNO-Tätigkeiten aktiv zu verfolgen. Insofern wird die liechtensteinische Mission auch nach Ansicht der liechtensteinischen Behörden auch in näherer Zukunft stärker auf die Schweiz, erst recht aber auf das UNO-Vollmitglied Oesterreich

- 2 -

angewiesen bleiben als umgekehrt. (Dass man sich in Vaduz insgesamt doch lieber auf Bern verlässt, kam gestern mehrfach zum Ausdruck und war wohl keine reine Höflichkeitsfloskel.)

Dass insbesondere im Umfeld der Aufnahmezeremonie die Isolierung der Schweiz, bei der es sich nach der mehr oder weniger zutreffenden Auffassung der meisten Länder um den Protektor Liechtensteins handelt, ins grelle Licht gestellt wurde und gerade wegen dieses gegenseitigen Verhältnisses wohl auch etwas grotesk wirkte, habe ich in meinem Nr. 238 erwähnt. Die Aufnahme Liechtensteins wird denn auch von einem Teil der Schweizer Massenmedien zweifellos zum Anlass genommen, um den Bundesrat aufzufordern, erneut "über die Bücher zu gehen". Aus meiner Sicht wäre dabei neben aller Wachheit für die neuen Entwicklungen in der UNO auch gehörige Vorsicht am Platze. Die neuerdings gegenüber der Schweiz privilegierte Stellung Liechtensteins wird schon in wenigen Tagen aus den Massenmedien verschwunden sein. Der sehr breite Konsens im Sicherheitsrat bezüglich Iraks beruht immerhin weitgehend auf der Aussergewöhnlichkeit der Situation, insbesondere auf einer ziemlich gleichmässigen wirtschaftlichen Interessenlage. Diese Uebereinstimmung dürfte schon in dem sehr viel grösseren Gremium der Generalversammlung nicht mehr dieselbe sein. Im Übrigen wird die Beurteilung der Golfkrise entscheidend von den Entwicklungen der nächsten Wochen abhängen.

Was bleibt, ist der durchaus gewichtige Umstand, dass der Sowjetunion an einer Konfrontation mit dem Westen vielleicht auf Jahrzehnte hinaus nicht gelegen sein kann und dass der Geist der Zusammenarbeit sich auf die Vereinten Nationen günstig auswirken dürfte. Inwieweit China als das fünfte mit dem Vetorecht ausgerüstete Mitglied des Sicherheitsrats mitziehen wird, ist schon wieder eine andere Frage.

Alles in allem erscheint mir, dass eine neue Initiative in Richtung auf die schweizerische UNO-Vollmitgliedschaft erst nach der anstehenden Bereinigung unseres Verhältnisses zur EG erfolgen sollte. In diesem Prozess dürfte die Schweiz ein Interesse daran haben, ihr Souveränitäts- und Neutralitätsprofil den neuen Begebenheiten anzupassen, d.h. zu reduzieren. Dieser Vorgang kann, wenn von der öffentlichen Meinung einmal akzeptiert, unseren Bemühungen um einen UNO-Beitritt nur förderlich sein, denn es war ja die masslose Ueberbetonung der Bedeutung der schweizerischen Neutralität, welche die Vorlage vom März 1986 mehr als irgendein anderer Einzelfaktor besiegelt hat. Wenn diese Analyse zutrifft, dürfte es klug sein, mit einer neuen Beitrittsinitiative noch ca. 3 Jahre zuzuwarten. Dass es schon im Vorfeld von Bedeutung ist, die öffentliche Meinung mit den richtigen Impulsen zu versehen, versteht sich von selbst.

DER BOTSCHAFTER

Chenau-Repond

(D. Chenau-Repond)